

## 7. Die soziale und wirtschaftliche Lage der Stadt Bensheim am Ende des Untersuchungszeitraums

Fünf Jahre nach Kriegsende faßte der damalige Bürgermeister Treffert die soziale und wirtschaftliche Lage der Stadt Bensheim in einer „Denkschrift“ vom 15. April 1950 zusammen. Diese Quelle belegt anschaulich, welche Kriegsfolgelasten für die Stadt auch in dem neuen Jahrzehnt bestehen. Aufschlußreich ist besonders der „Fürsorge-Etat“.

# Denkschrift

## über die sozialen und wirtschaftlichen Notstände der Stadt Bensheim

Die stetig steigende Zahl der Arbeitslosen hat das Problem der Arbeitsbeschaffung in den Vordergrund aller Erörterungen rücken lassen. Die Hauptursache der Arbeitslosigkeit ist die Unmöglichkeit, den Heimatvertriebenen und Heimkehrern geeignete Arbeitsplätze zu vermitteln. Deshalb ist das Arbeitslosenproblem ein allgemeines Problem. Alle Gebiete der Bundesrepublik sind von dieser Not betroffen. Es gibt jedoch Orte, die darunter besonders zu leiden haben.

**Zu diesen Brennpunkten zählt der Kreis Bergstraße und hier wieder an der Spitze die Stadt Bensheim, als größte Gemeinde des Kreises.**

**Die Stadt Bensheim steht im Arbeitsamtsbezirk Darmstadt mit der Arbeitslosenziffer an erster Stelle.**

In Bensheim sind z. Zt. 852 Erwerbslose gemeldet, d. s. 14 Prozent der Erwerbspersonen. Innerhalb Hessens wird dieser Prozentsatz nur von Orten des nordhessischen Notstandsgebietes übertroffen. Diese erschreckend hohe Erwerbslosenzahl hat verschiedene Ursachen:

Zunächst ist sie auf die in großer Zahl zurückgekehrten Heimkehrer und die eingeschleppten Flüchtlinge und hier untergebrachten Evakuierten zurückzuführen. In Bensheim wohnen z. Zt. noch 2500 Heimatvertriebene und 3500 Evakuierte, d. s. zus. 26,5 Prozent der Bevölkerung. Dagegen beträgt der Kreisdurchschnitt 21,5 und der Landesdurchschnitt nur 15,3 Prozent. Es ist unmöglich, für diesen Personenkreis in Bensheim z. Zt. bei der schwankenden Wirtschaftskonjunktur zusätzlich Arbeitsplätze zu schaffen.

In Bensheim gibt es z. Zt. 1090 Betriebe, davon sind:

1. Ohne Beschäftigte:	504 Betriebe
2. Mit Beschäftigten:	
a) bis 10 Arbeitnehmer	508 "
b) bis 20 Arbeitnehmer	30 "
c) bis 50 Arbeitnehmer	29 "
d) bis 100 Arbeitnehmer	13 "
e) über 100 Arbeitnehmer	6 "

\* 1090 Betriebe

In Bensheim sind beschäftigt:		
1. In gewerblichen Betrieben		
a) Arbeitnehmer aus Bensheim	2 675	
b) Arbeitnehmer von auswärts		1 347
2. In öffentlichen Diensten und freien Berufen:		
a) Arbeitnehmer aus Bensheim	775	
b) Arbeitnehmer von auswärts		591

insgesamt beschäftigt: 3 450 1938

36 Prozent der in Bensheim beschäftigten Arbeitnehmer kommen sonach von auswärts. Sie wohnen in industriearmen Gemeinden des Riedes und des Odenwaldes. Andererseits müssen über 900, in Bensheim wohnhafte Arbeitnehmer auswärts ihr Brot verdienen. Sie arbeiten in den nahegelegenen Großstädten, insbesondere in Mannheim, Weinheim und Worms. In Zeiten wirtschaftlichen Niederganges laufen diese Personen in erster Linie Gefahr, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, da bei Betriebseinschränkungen zunächst an die „fremden“ Arbeitskräfte gedacht wird. Dies ist eine Tatsache, die im gesamten südhessischen Grenzgebiet festgestellt werden kann. Ein Großteil der Bensheimer Arbeitslosen hatte seinen letzten Arbeitsplatz in Mannheim/Ludwigshafen-Allein 250 Angehörige des Metallgewerbes, die in Industriebetrieben dieser Städte gearbeitet haben, sind heute arbeitslos.

Welche Möglichkeiten bestehen, diesem Notstand zu steuern? Eine Unterbringung in der Landwirtschaft, was eine zeitweise Entlastung bedeuten würde, ist in Bensheim nicht möglich, da hier nur bäuerliche Kleinbetriebe bestehen, die von dem Betriebsinhaber und seiner Familie bewirtschaftet werden.

Auch die vorhandene Industrie ist nicht aufnahmefähig. In den wenig vorhandenen größeren Betrieben wurde infolge Verschlechterung der Wirtschaftslage teils Kurzarbeit eingeführt, teils Entlassungen vorgenommen.

Es bestehen nur zwei Möglichkeiten, um hier wirksame Abhilfe zu schaffen.

**Die erste Möglichkeit ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Ansiedlung von krisen-fester Industrie**

Bensheim war in seiner ursprünglichen wirtschaftlichen Entwicklung in der Hauptsache auf Landwirtschaft, Obst- und Weinbau eingestellt. Daneben entwickelte sich dank der landschaftlich schönen Lage und guter klimatischer Bedingungen ein beachtlicher Fremdenverkehr. Bis zum Beginn und z. T. auch noch nach dem ersten Weltkrieg siedelten sich hier in den neu erschlossenen Villengebieten kapitalkräftige Rentner an, die für die Stadt eine wesentliche Steuerquelle und für die Bensheimer Geschäftswelt gute Kunden bedeuteten.

Leider wurde versäumt, in den Jahren der zunehmenden Industrialisierung auch in Bensheim geeignete Industriebetriebe selbst zu machen.

Es wird dies zwar heute als nicht wieder gutzumachender Fehler erkannt. Jedoch glaubten die damaligen Stadtväter, mit ihrer Politik im Sinne „Bensheim, eine Stadt der Rentner“ das Richtige getroffen zu haben.

Daß sich diese Politik zum Nachteil Bensheims auswirkte, sieht man heute daran, daß durch die fehlende Industrie einerseits ein Mangel an Arbeitsplätzen besteht, andererseits die Steuerkraft Bensheims gegenüber vergleichbarer Städte mit mehr Industrie wesentlich geringer ist.

Die beiden Faktoren „Fremdenverkehr“ und „kapitalkräftige Rentner“ hatten zwar früher ihre Bedeutung. Heute ist durch die Zeitumstände der Fremdenverkehr, wirtschaftlich gesehen, noch unbedeutend und aus den einst reichen Rentnern sind heute Rentenempfänger geworden, die vielfach eine Belastung der Stadt darstellen.

In Erkenntnis dieses Mangels in der früheren Gemeindepolitik hat die Stadtverwaltung seit dem Zusammenbruch 1945 stets versucht, das Versäumte nachzuholen, indem sie der Ansiedlung von Industriebetrieben größte Beachtung schenkte.

Dabei hatte sie bereits beachtliche Erfolge, wenn es sich zunächst auch nur um kleinere Betriebe handelt.

Bis Ende 1949 ist ein Zugang von 20 neuen Betrieben zu verzeichnen, die folgende Beschäftigungsziffern haben:

1946	52 Arbeitnehmer
1948	142 Arbeitnehmer
1949	385 Arbeitnehmer

Das voraussichtliche Gewerbesteuer-Aufkommen dieser Betriebe ist für 1949 DM 33 388.—.

An älteren Betrieben mit über 50 Beschäftigten bestehen 16, mit folgenden Beschäftigungsziffern:

1946	808 Arbeitnehmer
1948	1107 Arbeitnehmer
1949	1651 Arbeitnehmer

Das voraussichtliche Gewerbesteuer-Aufkommen dieser Betriebe ist für 1949 DM 201 112.—

Gegen die Heranziehung weiterer, insbesondere größerer Industriebetriebe bestehen z. Zt. noch die mannigfaltigsten Schwierigkeiten, die einer raschen Lösung dieser Frage sehr hindernd im Wege stehen. Dabei bedeutet für Bensheim die Bereitstellung von geeignetem Industriegelände mit das Hauptproblem.

Während in anderen Orten, besonders im Ried, aus abgeholzten Waldungen verhältnismäßig billiges Flachgelände leicht freigemacht werden kann, hat Bensheim infolge seiner Lage am Gebirge nur die Möglichkeit, den Westen industriell auszubauen. Hierbei muß aber unter den gegebenen Verhältnissen zunächst hochwertiges Ackerland aus Privathand erworben werden.

#### Nicht weniger schwierig ist die Bereitstellung von Wohnungen,

die von interessierten Industrieunternehmen immer wieder gefordert werden. Infolge der überdurchschnittlichen Wohndichte, hat die Stadtverwaltung auch hier die denkbar ungünstigsten Bedingungen.

Leider muß bei dieser Gelegenheit festgestellt werden, daß einerseits eine rückläufige Entwicklung insofern zu beobachten ist, als die Industriebetriebe für ihre Niederlassung wieder mehr die größeren Städte bevorzugen, d. h. von ländlichen Gebieten nach der Großstadt abwandern. Andererseits führen auf diesem Gebiet verschiedene Großstädte einen Konkurrenzkampf, bei dem sie durch die günstigeren

Bedingungen, die sie bieten können, gegenüber kleineren Städten im Vorteil bleiben. Trotzdem führt die Stadtverwaltung bereits eingeleitete Verhandlungen zielbewußt weiter und rechnet mit schrittweisen Erfolgen. Sie erkennt die Wichtigkeit des Problems der weiteren Heranziehung von Industrie für die künftige Entwicklung der Stadt Bensheim. Sie weiß aber auch, daß es sich dabei um ein

#### Projekt auf weite Sicht

handelt, das sich erst nach Monaten bzw. Jahren auf die Arbeitsmarktlage auswirken kann.

Damit ist aber der augenblicklichen Notlage nicht gedient. Es besteht noch eine

#### zweite Möglichkeit

eine Besserung herbeizuführen:

**Es müssen Sofort-Maßnahmen einsetzen, um wenigstens einem Teil der Arbeitslosen schnellstens eine Arbeits- und Verdienstmöglichkeit zu bieten**

Die Stadtverwaltung hat deshalb ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm ausgearbeitet, das nach Klärung der Finanzierung sofort ausgeführt werden kann. Es handelt sich dabei um Maßnahmen, die im öffentlichen Interesse liegen und deren Durchführung dringend geboten erscheinen.

Es sind zur Ausführung vorgesehen:

1 Vorhaben:	2 Zahl der Tagewerke	3 Gesamt-Aufwand DM	4 Zuschuß DM	5 Darlehen DM	6 Eigenmittel DM	7 ungedeckt DM
Schulneubau Wambolterhof	1670	75000	8350	3340	35000	28310
Neubau Feuerwehrunterkunft	3300	113000	16500	6600	29900	60000
Wasserleitungsausbau Heidelberg Straße	200	8400	1000	400	3000	4000
desgl. Kirchbergstraße	25	2000	125	50	1025	800
Verbindungsleitung nach Bensheim-Auerbach	120	6200	600	240	2560	2800
Quell-Neufassung in Bensheim-Schönberg	300	9000	1500	600	2500	4400
Kanalanschluß Innberg-Sieghard u. Hagenstraße	250	30000	1250	500	15000	13250
desgl. Friedholstraße	40	5000	200	80	2220	2500
desgl. Hemsbergstraße	330	45000	1650	660	20000	22690
Straßenverbesserung	5780	232150	28900	11560	81690	110000
Wegebau im Gemeindefeld Felsberg	1340	13350	5360	—	7990	—
desgl. Märker- u. Niederwald	12870	121300	64350	—	51270	5680
	26225	660400	129785	24030	252155	254430

660400

Bei einem Gesamtaufwand von rund 660 000 DM bedeutet der Zuschuß aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge in Höhe von DM 153 815.— (Spalte 4 und 5) nur einen Tropfen auf einen heißen Stein. Die Stadt muß aus eigenen Mitteln noch DM 232 155 (Sp. 6) zur Verfügung stellen. Dies wäre nur durch Kapitalaufnahme möglich. Trotzdem verbleibt ein ungedeckter Betrag von 254 430 DM (Sp. 7). Es ist unmöglich, diesen Betrag aus städtischen Mitteln aufzubringen. Der Haushaltsplan der Stadt Bensheim für 1949 mußte trotz äußerster Sparsamkeit und trotz Erhöhung und Angleichung der Grund- und Gewerbesteuer-Hebesätze mit einem Fehlbetrag von 70 000 DM abgeschlossen werden. Infolge besserer Geldengänge und Mehreinnahmen an Gewerbesteuer war es möglich, diesen Fehlbetrag im Nachtrags-Haushaltsplan 1949 auszugleichen.

Der Rechnungsabschluß 1949 wird jedoch vom Haushaltsplan wesentlich abweichen. Bis jetzt sind folgende Mehrausgaben bzw. Wenigereinnahmen zu verzeichnen:

Erhöhung der Löhne und Gehälter, z. T. rückwirkend ab 1. April 1949	DM 10 000.—
Mehrausgaben Soforthilfe	DM 30 000.—
Erhöhung der Beiträge z. Versorgungskasse	DM 7 000.—
Erhöhte Aufwendungen f. Schulzwecke	DM 50 000.—
Kürzung der Schlüsselzuweisungen	DM 15 000.—
Kürzung der Polizeikostenzuschüsse	DM 15 000.—
	<u>DM 127 000.—</u>

Dazu kommt, daß der Zuschuß des Landes für den Schulbaubau in Höhe von 25 000 DM noch aussteht. Auch vom Besatzungskostenamt stehen für Kostenersatz noch 20 000.— DM aus.

Die Entwicklung der Verhältnisse im Rj. 1950 kann heute noch nicht abgesehen werden. Es steht jedoch jetzt schon fest, daß die finanzielle Entwicklung wesentlich ungünstiger als im Vorjahre sein wird. Mit Lohn- und Gehaltserhöhungen ab 1. 4. 1950 ist mit Wahrscheinlichkeit zu rechnen. Infolge Konjunkturrückgang und Einkommensteuervergünstigungen ist eine Weniger-Einnahme an Gewerbesteuer von 160 000 DM zu erwarten. Die Höhe der Finanzaufwendungen und Polizeikostenzuschüsse ist noch nicht bekannt. Der Haushaltsplan 1950 liegt im Entwurf vor. Obwohl er mit äußerster Sparsamkeit aufgestellt wurde, war ein Ausgleich bis jetzt nicht möglich. Ein beträchtlicher Fehlbetrag wird nicht zu vermeiden sein.

Kann die Stadtverwaltung evtl. durch Steuererhöhungen weitere Mittel für Arbeitsbeschaffung aufbringen?

Diese Frage muß verneint werden.

### Die Steuerhebesätze liegen in Bensheim über Kreis- und Landesdurchschnitt

Die Hebesätze der wichtigsten Gemeindesteuern betragen bereits

	in Bensheim:	Dagegen Kreis- u. Landes-Durchschnitt:	
Grundsteuer A	232	209	150
Grundsteuer B	180	126	130
Gewerbesteuer	335	329	280

Es bedeutet dies, daß die Bensheimer Steuersätze 55 Prozent über dem Landes-Durchschnitt liegen. Es ist damit das äußerst erträgliche Maß erreicht.

In Erkenntnis der Wichtigkeit möglichst hoher eigener Steuer-Einnahmen hat der Stadtrat trotz Anträgen auf Steuer-Herabsetzung die Beibehaltung der seitherigen Steuersätze für Rj. 1950/51 beschlossen.

### Der Fürsorge-Etat belastet die Stadt Bensheim in stärkstem Maß

Nach dem Ergebnis von Monat März 1950 wurden durch das städt. Fürsorgeamt betreut:

Arten:	Fälle	Pers. Zahl	Monatl. Aufwand	
			DM	Stadtanteil DM
Allg. Fürsorge	353	678	13 900	13 900.—
Flüchtlinge	343	650	14 600	1 460.—
Evakuierte	210	410	12 500	1 250.—
Ausländer	13	28	375	37.50
Heimkehrer	4	4	176	17.60
Angehörige v. Kriegsgefangenen u. Vermißt.	157	370	8 100	810.—
Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene	183	376	6 100	610.—
	<u>1 263</u>	<u>2 516</u>	<u>55 751</u>	<u>18 085.10</u>

Von einer Gesamt-Bevölkerungszahl von rund 23 000 bedürfen demnach rund 2 500 Einwohner, d. h. über 11 Prozent, der öffentlichen Fürsorge.

Der Gesamt-Aufwand für die öffentliche Fürsorge einschl. Kfz.-Hilfe beträgt im Rj. 1949 = DM 763 900, oder pro Kopf der Bevölkerung DM 33.20.

Vergleichsweise sei hier angeführt, daß der Fürsorgeaufwand 1948 pro Kopf der Bevölkerung betrug:

im Kreis Bergstraße	DM 32.16
im Kreis Offenbach	DM 34.99
im Kreis Frankenberg	DM 32.69

### Der Anteil der Flüchtlinge und Evakuierten in Bensheim liegt über Kreis- und Landesdurchschnitt

Nähere Angaben hierzu wurden bereits eingangs dieser Denkschrift gemacht. Der Anteil an der Gesamt-Bevölkerung beträgt 26,5 Prozent und liegt demnach weit über dem Kreis-Durchschnitt von 21,5 Prozent und dem Landes-Durchschnitt von 15,3 Proz.

Wenn man berücksichtigt, daß es sich erfahrungsgemäß bei diesem Bevölkerungsteil vielfach um Personen handelt, die nicht mehr am Erwerbsleben teilnehmen können, kann man hieraus ermesen, welche zusätzliche Belastung dies für den städt. Fürsorge-Etat bedutet. In diesem Zusammenhang kann festgestellt werden, daß die in Frage kommenden Großstädte bei der Rückführung der Evakuierten ausschließlich arbeitsfähige Personen berücksichtigen, während sie die übrigen zur weiteren Betreuung den sr. ztgn. Aufnahme-Gemeinden überlassen.

Der Stadtverwaltung Bensheim sind Fälle bekannt, in denen eine benachbarte Großstadt Wohnungen für Personal von neu anzusiedelnden Industriebetrieben direkt angeboten hat. Für die eigenen ehemal. Bewohner, die noch evakuiert sind, hat sie dagegen angeblich keinen Platz.

Hand in Hand mit der Flüchtlings- und Evakuierfrage geht die Frage der Wohnraumbeschaffung.

### Die Wohnraumlage in Bensheim ist katastrophal

Die Zahl der Wohnungssuchenden in der Stadt Bensheim beträgt über 1 200. Der Kreis Bergstraße zählt 12 000 Wohnungssuchende. Die Verhältnisse sind also auch auf diesem Gebiet in Bensheim überdurchschnittlich ungünstig. Die gleiche Anzahl Familien hat einen Wohnraum, der noch unter dem Mindestmaß gem. Kontrollratsgesetz Nr. 18 liegt, d. h. also unter 6 qm. pro Kopf.

Dementsprechend ist auch die Wohndichte. Diese beträgt beim Kreis 1,83 und im Land 1,74.

Sehr ungünstig wirkt sich in dieser Beziehung die Belegung umfangreichen Wohnraumes durch die Besatzungsmacht aus, die z. Zt. noch 454 Wohnräume für sich in Anspruch nimmt.

Bei dem in Bensheim herrschenden Wohnungselend gehört eine schnelle und umfangreiche Wohnraumbeschaffung zu den vordringlichsten Aufgaben.

Wie aber soll die Stadt Bensheim die Erstellung von Neubauten fördern, wenn ihr hierzu die notwendigen Mittel fehlen? Auch auf diesem Gebiet ist ohne merkliche Hilfe des Staates kein Weiterkommen möglich.

Trotzdem hat die Stadtverwaltung Bensheim für die Gemeinnützige Siedlungsbaugenossenschaft Bensheim wesentliche finanzielle Belastungen übernommen. Neben der Hingabe des erforderlichen Baugeländes wurden im Rj. 1949 DM 47 000.— als Zuschuß und DM 15 000.— als zinsloses Darlehen gewährt. Für zwei Darlehen von DM 20 000.— und DM 100 000.— wurde die Bürgschaft übernommen. Außerdem wird die Stadt Bensheim für das letztgenannte Darlehen von DM 100 000.— die Tilgungsraten von DM 20 000.— jährlich aufbringen.

### Bensheim hat außergewöhnliche Belastung durch die höheren Schulen

Nach den voraussichtlichen Ergebnissen des Rj. 1949 hat die Stadt Bensheim an Zuschüssen aufzubringen:

für Gymnasium	DM 43 800.—
für Goetheschule	DM 65 000.—
für Handelsschule	DM 17 700.—

Zusammen: 126 500.—



Für Rj. 1950/51 ist mit einer weiteren Erhöhung des Zuschußbedarfs dieser Anstalten zu rechnen.

Diese enormen Beträge bedeuten eine ganz wesentliche Belastung des städt. Haushalts. Daß Bensheim bereits an das Höchstmögliche herangekommen ist, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

Die Gemeindevertretung hat sich in einer Sitzung am 23. III. 1950 eingehend mit dem Arbeitslosenproblem und damit im Zusammenhang mit den schwierigen Finanzverhältnissen, dem sozialen u. wirtschaftlichen Problem beschäftigt. Es wurde dabei durch die Sprecher aller Fraktionen mit Einmütigkeit festgestellt, daß bei der katastrophalen Lage auf dem Arbeitsmarkt alles getan werden müsse, um die Not der Arbeitslosen in Bensheim zu lindern.

Es wurden einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Das Notstandsprogramm wird als Sofortmaßnahme in dem vorgesehenen Umfange durchgeführt. Die von der Stadt Bensheim bereitzustellenden Mittel sollen möglichst durch Kapitalaufnahme flüssig gemacht werden. Zur Aufbringung des ungedeckten Betrages von DM 254 430 (siehe oben, Spalte 7) ist die Stadt nicht in der Lage. Eine Kommission, bestehend aus den Herren
  1. Bundestagsabgeordneter Dr. v. Brentano als Vertreter des Kreises im Bundestag,
  2. Landtagsabgeordneter des Kreises, Bürgermeister Günderoth, Lampertheim,
  3. Landtagsabgeordneter Ackermann, Beerfelden,
  4. Bürgermeister Treffert, Bensheimsoll durch Verhandlung mit der Hess. Regierung die Unterstützung des Landes erbitten.
2. Die Gemeindevertretung stellt fest, daß von allen Aufgaben, die zu lösen sind, die Schaffung neuer Arbeitsplätze am vordringlichsten ist. Die im Etat 1950/51 verfügbaren Mittel sind schwerpunktmäßig hierzu einzusetzen.
3. Die Stadtverwaltung wird eine Persönlichkeit mit der ausschließlichen Aufgabe der industriellen Werbung und allen dazu gehörigen Arbeitsgebieten beauftragen.

4. Die Stadt Bensheim trifft unverzüglich alle geeigneten Maßnahmen, um in möglichstem Umfange zusammenhängendes Industriegelände zu schaffen, sei es im Austausch von städt. Gelände, oder mit Hilfe des Aufbaugesetzes.

5. Der Bürgermeister erhält von der Gemeindevertretung Vollmacht, bei der Ansiedlung neuer Industriebetriebe, soweit diese nachweisbar in nennenswertem Umfange zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, nach eigenem Ermessen Wohn- und Arbeitsräume zur Verfügung zu stellen und solche zu reservieren.

6. Die Stadtverwaltung Bensheim soll von sich aus alles tun, um die gegenwärtige Notlage zu beheben. Die Stadtverordnetenversammlung stellt jedoch fest, daß die Stadt allein hierzu nicht in der Lage ist, weil sie an der Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit angelangt ist. Sie spricht die Erwartung aus, daß zur Durchführung der erwähnten Maßnahmen eine staatliche Hilfe baldigst erfolgt.

Der Landrat des Landkreises Bergstraße hat in Anbetracht der außergewöhnlichen Notlage, in der sich der Kreis befindet, in einer ausführlichen Denkschrift die Forderung begründet, den Kreis als Notstandsgebiet zu erklären, das einer besonderen Hilfe seitens des Landes bedarf. Eine Ministerkommission hat gelegentlich eines Besuchs des Kreisgebietes sich von der Richtigkeit dieser Darlegungen überzeugt.

Wie in den vorstehenden Ausführungen mehrfach bewiesen, liegen die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Stadt Bensheim auf allen Gebieten noch ungünstiger, wie sie der Kreisdurchschnitt ergibt. Ich fühle mich daher verpflichtet, auf diese Tatsache hinzuweisen und um staatliche Hilfe zur Durchführung der vorgesehenen Notstandsmaßnahmen, evtl. aus Mitteln des Bundes, zu bitten.

Da keine Zeit mehr zu verlieren ist, darf ich im Auftrage des Stadtparlaments und der Stadtverwaltung um beschleunigte Beratung und durchgreifende Hilfe und Unterstützung zur Behebung der erwähnten Notstände bitten.

Bensheim, den 15. April 1950.

Treffert, Bürgermeister